

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen sowie „Gold und Blei“. Es ist Substitutions-Organ der gewerkschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisationen u. d. amtlichen Organ der Arbeiterbewegung. Schriftleitung: Dr. Wäckerle & Ferner, Marktstraße Nr. 240/25, 240/27, 240/28. Persönliche Anzeigenvermittlung mit dem 1. bis 2. U. — Unverändert eingelebten Manuskripten ist Red. des Rückports beizufügen

Bezugspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RM. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,30 RM., für Wohnort außerhalb 0,50 RM., Belegpreis 2,30 RM., durch Wohnort zuzüglich 2,70 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,00 RM. — Einzelgenusspreis 13 Pf. im Einzelgenuss und 80 Pf. im Belegpreis der Millimeter. Druckverlagsgesellschaft Dr. Wäckerle & Ferner 240/25, 240/27, 240/28. Verlagskonto 2011 07/12

Die Hoffnung der Völker auf 1931

Allgemeine Abrüstung muß erfolgen

Bedeutsame Auslassungen des englischen Abrüstungs-Delegierten

London, 29. Dezember. Lord Cecil sprach heute im Rundfunk über das Abrüstungsproblem. Er betonte, daß die Zukunft unserer Zivilisation unter Umständen davon abhängig sein kann, ob die kommende internationale Abrüstungskonferenz zum Erfolg oder zum Scheitern führt. Die Konferenz müsse zu einer internationalen Vereinbarung kommen. Die internationale Abrüstung, so erklärte Lord Cecil u. a., gehört zu unseren wichtigsten nationalen Interessen. Wir haben nicht nur einmal, sondern zu wiederholten Malen die Verpflichtung übernommen, die Rüstungen bei dem Weltkrieg siegreichen Nationen herabzusetzen und zu begrenzen als Ergänzung zu der Weisung, die wir unseren früheren Gegnern zur Pflicht gemacht haben. Wir werden jedes Vertrauen in internationale Verpflichtungen verlieren, wenn wir das, was wir versprochen haben, nicht erfüllen. Dabei ist es in meinen Augen von sekundärer Bedeutung, daß wir in diesem Fall auch nichts zu erreichen haben würden, wenn unsere früheren Gegner mit der Forderung an uns herantreten, wiederzukommen zu können. Gewisse Nationen werden, so erklärte Cecil weiter, vielleicht aus der Abrüstungskonferenz die Frage an uns richten: „Wenn wir nun abrüsten und angegriffen werden sollten, werdet ihr uns zu Hilfe kommen?“ Wir können uns einer solchen Mahnung gegenüber nicht taub stellen, und wenn wir den Frieden durch Abrüstung wollen, so müssen wir auch bereit sein, jedes notwendige Opfer zu bringen, um uns die unermessliche Wohltat des Friedens zu sichern.

Die Verpflichtung zur Abrüstung anerkennt. Infolgedessen seien die belgischen Sozialisten der Ansicht, daß auch Belgien neue Bemühungen zur Abrüstung machen müsse. Sie seien

nicht bereit, zur Verteidigung des Versailler Vertrages die Waffen zu ergreifen, der selbst in seinen Bestimmungen keine eigene Revision vorsehe.

Prohibition



Keine Regen-Überflutung, sondern Alkohol-Wüsten.

So arbeiten fürzlich wieder amerikanische Prohibitionsbeamte in Newport. Ganze Schiffs-Ladungen von beschlagnahmtem Alkohol wurden auf die Straße geschüttet, und die Autos fuhrten durch die spritzenden Flüden von Cognac, Wein und Rum.

Faschismus bedeutet Krieg Belgiens Sozialistenführer fordert Abrüstung

Die Montag-Ausgabe des sozialistischen „Populaire“ enthält ein Interview mit dem belgischen Sozialistenführer Vandervelde, das als Ergänzung zu dem kürzlich von Vandervelde veröffentlichten Zeitungsartikel gegen die geplanten neuen Festungsbauten an der Maas zu betrachten ist.

Vandervelde versichert zunächst, daß sein Vorstoß durchaus im Sinne der Politik der sozialistischen Partei erfolgt sei, obwohl er von zahlreichen Kreisen im Ausland als eine Enttäuschung empfunden worden sei. Die belgischen Sozialisten würden sich unbedingt gegen jede Erhöhung der Militärausgaben wenden. Angesichts der gesteigerten faschistischen Gefahr in Deutschland und in Mittel-europa und der Gewalttaten in Polen hätten es die Nationalisten in Belgien für angebracht gehalten, ihre Propaganda zu verstärken. Sie hätten den Durchschnittsbürger glauben machen wollen, daß Europa nur noch im Fingersbreite von einem neuen Krieg entfernt sei.

Wie Krieg aber sei nur in einem einzigen Falle möglich, wenn nämlich der Faschismus in Deutschland wirklich ans Ruder käme und sich mit den faschistischen Mächten in anderen Ländern verbünden könnte.

Andererseits könne man nicht übersehen, daß in Belgien die Stimmung für die unbedingte Kriegsbekämpfung, etwa im Sinne des indischen Unabhängigkeitsführers Gandhi, immer mehr, namentlich in familiären Kreisen, an Boden gewinne. Die sozialistische Partei selbst habe auch in Belgien eine Verteidigungsorganisation gegen die inneren Faschisten gegründet. Man könne ihr das Vertrauen schenken, daß sie Belgien auch gegen ausländische Faschisten verteidigen werde. Allerdings seien die belgischen Sozialisten nicht bereit unter der Vorgabe der Landesverteidigung gewisse militärische Gegebenheiten zu schließen. Wie der französische Abgeordnete Paul Boncour es mehrfach betont habe, würde der Versailler Vertrag zu einem festen Papier betäubeln, wenn die Siegermächte nicht ebenfalls ihre moralische und juristi-

Religiöse Fanatiker putschen

Derwische predigen Aufruhr gegen die weltliche Türkei

Konstantinopel, 29. Dezember. (Eig. Draht.) Auf Veranlassung der türkischen Regierung sind in der Provinz Smyrna unter dem Vorwand, an einer Versammlung gegen den Staat beteiligt zu sein, bisher annähernd 1000 Personen verhaftet worden. Die äußere Veranlassung zu dem Vorgehen der Regierung gab jener Vorüberflug in der kleinasiatischen Stadt Menemen, der mehreren religiösen Fanatikern das Leben kostete. Am Dienstag vor Weihnachten erschienen frühmorgens kurz nach Sonnenaufgang, als die Bevölkerung von Menemen in der Hauptmoschee der Stadt zum Morgengebete versammelt war, plötzlich 6 Demoskisten in der Moschee. Der eine von ihnen, ein wegen letzter religiöser Fanatismus bekannter Demoskist, behauptete die Ranzel, ergriff eine der heiligen grünen Fahnen und forderte die Gläubigen ab, den alten Demoskismus in der Türkei wieder aufzurichten und die ungläubigen Kemalisten mit den Waffen zu bekämpfen.

Als später eine Abteilung Gendarmen betrautete und den Demoskisten aufzuforderte, sich zu ergeben, stieg er mit seinen Anhängern auf das Dach der Moschee und eröffnete ein heftiges Gewehrfeuer auf die Polizei. Ihr Kommandant und mehrere Beamte wurden getötet. Erst als die Gendarmen die Moschee erreichten, gelang es die Mörder in Stellung brachte und der Demoskist von einer Kugel getroffen worden war, fand der Mordanschlag sein Ende.

Die Unterjochung des Sozialismus hat ergeben, daß die „Verschwörer von Menemen“ aus der benachteiligten Stadt Manissa, dem antiken Magnesia, gekommen waren. Ihr Anführer, der Demoskist Ahmed, hatte in Manissa eine geheime Zelle gegründet, wie sie in den letzten Jahren zu Hunderten überall in der Türkei entstanden sind. Ihre Anhänger gaben sich den verbotenen religiösen Lehren des 1925 antizipierten großen Demoskismus der Mustafa-Pendis hin. Die Zelle plante einen großen Aufruhr gegen das republikanische Regime. Der Putz von Menemen sollte gewissermaßen die Generalprobe zu diesem Aufruhr sein. Alle Verschwörer beklagten sich vor dem Untersuchungsrichter einer extrem fanatischen Haltung. Sie weigerten sich, Aussagen über ihre Wirksamkeit zu machen, wollten alle Torturen ertragen und „zu Ehren sterben“ auf sich nehmen, hatten den gefallenen Demoskist Ahmed für den Mahdi (den unvollkommenen Messias) erklärt, daß er bestimmt zum Leben wiederauferstehen würde. Weltentfernt, wegen des Mordes an Menemen untergeordnet zu sein, sind alle Verschwörer jetzt auf ihr „Wartezimmer“ und

schritten ihm bei lebendigem Leibe den Kopf ab, den sie dann auf die Spitze ihrer grünen Fahnen

verlärhen die Richter und Beamten der Republik als „Ungläubige“.

Abschied vom Notjahre 1930.

Das Jahr 1930 wird keinem der großen Völker weicher Kasse in guter Erinnerung bleiben: für sie alle war es ein Jahr wirtschaftlicher Not, darüber hinaus für die meisten ein Jahr kulturellen und politischen Rückschritts. Die schwere Wirtschaftskrise hat eine geistige Krise im Gefolge gehabt, die in Deutschland mit besonderer Deutlichkeit in Erscheinung getreten ist.

Doch war es falsch, die äußere Erscheinung allein zum Maßstab des tatsächlichen Geschehens zu machen. Deutschland besitzt eine Staatsverfassung, die jede Unzufriedenheit, jede innere Gärung ohne weiteres sichtbar werden läßt. In den diktorisch regierten Ländern sind Not und Unzufriedenheit nicht geringer, ja größer als bei uns; aber bei der dort systematisch betriebenen Erstickung jeder freien Meinung vermag nur ein geübtes Auge die wirklichen Vorgänge zu erkennen.

Rußland, das uns von den Kommunisten als „proletarisches Vaterland“ gerühmt wird, hat in diesem Jahre den Prosch der Umwandlung der Arbeiter in Staatsknechten zu Ende geführt. Auch bereits vollzogener Abschaffung der Freigabezeit kommt kurz vor Jahresfrist jener neue Maßstab hinzu, der jeden „Rechts“ gegen die Arbeitsdisziplin mit Entlassung und Wiedererhellungsverbot, also mit dem Hungertode des Wirtschafters bestraft. Die berüchtigten „schwarzen Listen“ unserer Schwerindustrie waren gegen dies System milde zu nennen. Wenn der Privatkapitalismus seinen Ausbeutungsobjekten noch das höfliche „Wem's nicht paßt, der laßt ja gehen“ als letzten Ausweg bot, so diktiert der russische Staatskapitalismus seinen Untertanen: „Auch wenn es nicht paßt, — hiergebüßten!“

Wie der russische Arbeiter auf diese Verdrückung seiner Stellung reagiert, erfahren wir direkt nicht — mangels jeder unbeeinträchtigten Beurteilung. Aber die „Zerwürf“ des Apparates meidet, wie die Revol eines Seismographen, auch hier das Leben aus der Tiefe. Der Sturz Moskoffs, Tomoffs und eines weiteren halben Dutzends der alten bolschewistischen Garde“ ist ebenso ein drastisches Symptom der inneren Gärung, wie die theoretischen Schädigungsprozesse deutlicher als jede Statistik der Welt das Vergehen des fünfjährigen Planes offenbart haben.

Genau so wenig wie der russische Arbeiter aus der bolschewistischen, vermag der italienische Arbeiter aus der sozialistischen Diktatur sich irgendeine Verbesserung seiner Lage zu errechnen, und ebensowenig wie jener vermag er seiner Bedrängnis Ausdruck verliehen. Der Faschismus hat Italien nicht vor der allgemeinen Wirtschaftskrise bewahrt, er konnte ihr auch nichts Besseres entgegenzusetzen als irgendein demagogisch gerichtetes Land. Am Gegenstand Lohn- und Gehälterabbau haben in Italien etwa den doppelten Umfang wie in Deutschland erreicht, wobei zu berücksichtigen ist, daß die primitive Lebenshaltung des italienischen Arbeiters es den italienischen Unternehmern schon vor dem Abbau ermöglicht hatte, die wüsten Lohnen von allen Ländern Europas zu zahlen. Das Defizit im Staatshaushalt vermag Mussolini nicht zu beheben, obwohl seine deutschen Anhänger das aufschwören, daß nur die „parlamentarische Wirtschaft“ den Etat eines Landes in Unterordnung geraten lasse.

Herrn Eugen Beras deutschnationale Lebensweise haben entdeckt, daß die Krise eine Folge des in Deutschland herrschenden „Marxismus“ sei. Diese Entdeckung ist wunderbar genau, da selbst Herr Eugen Beras kaum entgegen sein kann, daß trotz einiger sozialistischer Anfänge in der deutschen Wirtschaft der Privatkapitalismus noch unbedrückt dominiert. Nicht nur diesem Erläuterungstentum auf den Leib, so kommt unter der Tirade des „Marxismus“ der jahrzehntelange alte Stoll unseres Unternehmertums gegen die „übertriebene“ Sozialpolitik zum Vorschein. Aber ist unsere Arbeitslosigkeit durch das Maß der deutschen Sozialpolitik bedingt? — Die Antwort geben die Vereinigten Staaten von Amerika, deren „Marxismus“ bis heute ebenso fremd war wie Sozialpolitik, mit nahezu sechs Millionen Arbeitslosen.

Die Wirtschaftskrise, unter der wir mit allen anderen Industrieländern leiden, rührt ebensovienig

Preisabbau zu Silvester.

Kaum war der Preisabbau angefangen und — man tut so — in Gang gekommen, da hielt es wieder: Halt! Die Reichsregierung brachte eine unwiderrufliche Weinabgabepflicht. Ueber diesen Aufschlag hinaus ließen sich die Preise schon wieder lustig auf ihre alten Pfade jurieren. Da liegt es wie ein grimmiger Dohn, daß die Preise für Luxusautos, Sealmäntel und — Silvesterfeiern herabgesetzt werden sind. Durch die Berliner Presse geht nämlich folgende Notiz:

Die Berliner Gaststätten haben für die Berliner Silvesterabend eine nicht unwesentliche Herabsetzung ihrer Preise für Silvestergebäck und Getränke beschlossen. Die Preisreduktion, die gegenüber dem Vorjahr rund 20 Prozent beträgt, soll dazu beitragen, trotz der schiefsten wirtschaftlichen Lage die traditionelle Berliner Silvesterfeier auch in diesem Jahr abzuhalten. Die Preise in den führenden Hotels sind allerdings, trotz des Preisabbaus, nur für bevorzugte Preisbefreiungen bestimmt. Es sind folgende Ziffern: Menü à la carte: Hotel Bristol 23 Mk., Edenhof 23 Mk., Sotel Eplandee 23 Mk., Sotel Kaiserhof 20 Mk., Centralhotel 18 Mk., Sotel Kurienhof 12 Mk. Bei Zulassung der Weinsteuer ist ebenfalls mögliche Billigkeit anzuwenden. Gute Weine und Vorbezüge kann man in obigen Betrieben schon für 4 Mk., weiße Bordeauxweine und Burgunder von 5 Mk. an bekommen. Auch die Feste der Weihnachtsfeier beginnt überall mit einer preiswerten „Hausmarke“.

ist das nicht profitabel? Am Hotel Alton, Eplandee, Edenhof, Bristol ein trodenes Silvester-Menü zu — nur 25 Mark! Eine halbe Zerst zu nur — 10 Mark!

Man gönnt dem gepflegten Speiser natürlich ganz gern sein Silvesterbegnügen, ohne das es offenbar nicht existieren kann. Er darf aber dann auch nicht ohne Rand und Band geraten, wenn man in diesem „Nachtfeiern“ seine Stoffen da zu macht.

Der Straßenbahnverkehr in der Silvesternacht.

In der Silvesternacht fahren nach Ablauf des schlußmöglichen Verkehrs noch folgende Wagen in 15 Minuten Zeitabständen auf den nachfolgenden Linien:

Linie 1: Dessauer Platz—Artillerierie über Markt—Männlicher Platz und zurück. Ab Dessauer Platz nach Artillerierie um 23.51 bis 3.21 Uhr. Letzter Wagen ab Artillerierie 3.45 Uhr.

Linie 4: Steinort—Artillerierie und zurück. Ab Steinort nach Artillerierie um 1.31 bis 2.31 Uhr. Letzter Wagen ab Artillerierie 3.45 Uhr.

Linie 5: Hauptbahnhof—Cyprius (Cyprius Str.) und zurück. Ab Hauptbahnhof nach Cyprius Str. um 1.11 bis 2.41 Uhr. Letzter Wagen ab Cyprius Straße 3.12 Uhr.

Linie 6: Schlachthof—Wöllberg und zurück. Ab Schlachthof um 1.05 bis 3.23 Uhr. Letzter Wagen ab Wöllberg 3.48 Uhr.

Linie 7: Hauptbahnhof—Zoo/Schlachthof und zurück. Ab Hauptbahnhof nach Zoo/Schlachthof um 1.24 bis 3.30 Uhr. Letzter Wagen ab Zoo/Schlachthof 3.14 Uhr.

Ab Hauptbahnhof laufen die letzten Wagen wie folgt:

Nach Hauptbahnhof: 3.00, 3.15, 3.30 Uhr (Linie 7); Artillerierie über Mannischer Platz: 3.00, 3.15, 3.30 Uhr (Linie 1); Zoo/Schlachthof: 3.15, 3.30, 3.45 Uhr (Linie 7); Dessauer Platz: 2.30, 2.45, 3.00 Uhr (Linie 1); Schlachthof über Riebeckplatz (am Riebeckplatz Anschlag an Linie 6): 3.00, 3.15, 3.30 Uhr (Linie 7); Cyprius Straße (am Riebeckplatz Anschlag an Linie 5): 2.15, 2.30, 2.45 Uhr (Linie 7); Artillerierie über Riebeckplatz (am Riebeckplatz Anschlag an Linie 4): 3.00, 3.15, 3.30 Uhr (Linie 7). Genaue Fahrpläne werden in allen Wagen und Fahrplanstatten ausgehängt. Der Fahrpreis wird ab 1.00 Uhr nachts verdoppelt (00, 40 bzw. 50 Pf.). Fahrgäste von Wohnortkarten und Fahrscheinen haben einen gewöhnlichen Fahrpreis von 15, 20 bzw. 25 Pf. nachzulösen oder einen Fahrscheineinzelchein besonders entwerfen zu lassen.

Jugendweibe 1931.

Anmeldungen zur Jugendfeier sind jetzt schon notwendig. Zeit in der Zeit des beschaffensten Kampfes Quer Wollen. Trete es um in die Tat.

Anmeldungen nehmen entgegen: Parteibüro der SPD und Deutscher Arbeiterverband, Josef Kraus, Am Steinort 12.

Nach ein Selbstmordveruch.

In der Nacht zum Montag verfuhr ein junger Mann sich dadurch das Leben zu nehmen, daß er sich in einem Gully die Halsader mit einem Uhrgehäuse durchstieß. Nachbarn, welche er durch ihren lauten Ruf zu Hilfe rief, beobachteten, daß der junge Mann zu der Tat getrieben haben.

Steuerfragen sind Nachtfragen

Die Bürgersteuer in der neuesten Fassung

Halle, den 30. Dezember.

Auch Steuerfragen sind Fragen politischer Macht. In dieser barten Lauscha können weder Proteste noch theoretische Abhandlungen etwas ändern. Die politischen Machtverhältnisse in einem parlamentarisch regierten Staat bilden sich in öffentlichen Wahlen. Die Reichstagswahl vom 14. September, die der Ausdruck einer Konfirmation war, brachte eine Lähmung aller sozialen und demokratischen Politik. Was nun geschehen mußte durch die Parteien, die demokratische und soziale Reformarbeit leisten wollten, war eine Art Rettungsdienst an einem sieberkrankten Volke. Die Krankheit ist noch im Anfeigen, die Krisis noch nicht überwunden.

Unter dieser Krisenumstände kamen Steuererfolge — mehr direkt als parlamentarisch beschließen — zustande, die unter normalen politischen Verhältnissen von der Sozialdemokratie auf das Schärfste bekämpft und abgewendet worden wären. Nach der Wahl vom 14. September war das nicht mehr möglich; der Wähler hatte der Sozialdemokratie die notwendige politische Mehrheit in die Hand gegeben. Ein großer Teil der Nichtwähler hatte im Gegenteil ein wenig mit politischem und wirtschaftlichem Selbstmord gespielt, indem er die Nazis wählte.

So ist die Bürgersteuer der Regierung Brüning Gesetz geworden.

Die Steuer war nach dem Wahlausgang am 14. September nicht mehr zu verhindern. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verwandte nun ihren Einfluß darauf, die Entwürfe der Regierung sozialer zu gestalten. Der entscheidenden Stellungnahme der Sozialdemokratie ist es zu verdanken, wenn in der neuen Verordnung vom 1. Dezember 1930 gegenüber der alten Verordnung wesentliche Verbesserungen erreicht wurden. Aber die Verbesserungen erfordern sich nur auf die Steuerpflicht und die Steuerhöhe. Dagegen verfährt die neue Verordnung die Voraussetzungen, die die wesentliche Einföhrung der Bürgersteuer durch die Gemeinden verlangen.

Bei Betrachtung der Bürgersteuer muß man die Rechnungsjahre 1930 und 1931 unterscheiden. Für das Rechnungsjahr 1930 bestehen bezüglich der Steuerpflicht und der Steuerhöhe schärfere Bestimmungen als für die folgenden Jahre. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß man die von der Sozialdemokratie erwirkten Verbesserungen für das Jahr 1930 nicht mehr wirksam werden lassen wollte, weil viele Gemeinden ihre Erhebungsarbeiten (Ausstellung der Steuerkarten, Aufstellen der Erhebungslisten usw.) schon vor dem 1. Dezember 1930, erledigt hatten.

Neu eingeführt ist die Berechtigung der Gemeinden, mit Wirkung vom 1. April 1931 einen Zuschlag zur Bürgersteuer zu erheben. Der Zuschlag muß für alle Steuer-

pflichtigen gleich sein. Mit dieser Vorschrift ist der Bürgersteuer die Möglichkeit genommen, die unteren Einkommen zu entlasten und die höheren und höchsten Einkommen stärker heranzuziehen. Der Zuschlag kann nur auf volle 50 Prozent des Landesbetrags oder ein Vielfaches hiervon laufen. Ein Zuschlag von mehr als 100 Prozent bedarf der Genehmigung der Landesregierung oder der von ihr beauftragten Behörde. Damit ist der willkürliche Steigerung der Bürgersteuer Tür und Tor geöffnet. Wenn reaktionäre Gemeindebehörden und reaktionäre Landesregierungen zusammenarbeiten, kann zum Schaden der minderbemittelten Bevölkerung die Bürgersteuer um ein Vielfaches erhöht werden, um die Realsteuer zu senken.

Wer hat Bürgersteuer zu bezahlen?

1930. Steuerpflichtig sind alle in der Gemeinde wohnenden über 20 Jahre alten natürlichen Personen. Als Stichtag gilt der 10. Oktober (Tag der Personalausnahme). Wer in mehreren Gemeinden seinen Wohnsitz hat, ist in jeder Gemeinde mit dem vollen Steuerbetrag steuerpflichtig, vorausgesetzt, daß jede Gemeinde die Bürgersteuer eingeführt hat. Steuerberechtigt ist die Gemeinde, in deren Bezirk der Steuerpflichtige am Stichtage wohnt, auch wenn der Steuerpflichtige nach dem Stichtag in eine andere Gemeinde verzogen ist. Wer am 11. Oktober verzogen ist, ist steuerpflichtig, wer am 11. Oktober zuzieht, ist steuerfrei, und zwar für das ganze Rechnungsjahr, da die Bürgersteuer immer nur für das ganze Rechnungsjahr erhoben wird.

Steuerpflichtig sind 1930 auch Ehefrauen, Studenten, Hausdiener und ähnliche, es sei denn, daß sie durch besondere Bestimmungen der Landesregierung von der Steuer befreit sind.

1931. In dem letzten Punkte bringt die Verordnung vom 1. Dezember 1930 für das Rechnungsjahr 1931 eine sehr wichtige und weitgehende Änderung. Danach wird die Bürgersteuer nur erhoben von am 10. Oktober im Gemeindebezirk wohnenden Personen, die über 20 Jahre alt sind und selbständig auf eigene Rechnung leben. Den auf eigene Rechnung lebenden Personen stehen die Personen gleich, die ein selbständiges Einkommen haben und im Haushalt der Eltern oder sonstigen Verwandten leben. Damit werden ab 1. April 1931 alle Familienangehörigen, die kein eigenes Einkommen haben, steuerfrei (Studenten, Hausdiener, Bauernknechte in der Wirtschaft des Vaters usw.). Da die Ehefrauen ohne eigenes Einkommen dann noch steuerpflichtig sind, ist noch fruchtig. Die Ausführensbestimmungen müssen Klarheit bringen.

Wer ist von der Bürgersteuer befreit?

Nach der Verordnung vom 26. Juli 1930 waren von der Bürgersteuer nur befreit: 1. wer mindestens einen Monat vor dem Stichtage Kriegenunterstützung bezog und 2. wer am Stichtage laufende Wohlfahrts-Armen-Unterstützung bezog.

Dieser Kreis ist durch die neue Verordnung wesentlich erweitert worden. Es sind nunmehr von

der Bürgersteuer befreit: Personen, die am Stichtage (10. Januar oder 10. März) 1. Arbeitslosen- oder Kriegenunterstützung empfangen, 2. Wohlfahrtsunterstützung empfangen (auch Kleinrentner), 3. Renten aus reichsgerichtlicher Sozialversicherung empfangen (Sozialrentner, jedoch ihr Jahreseinkommen 900 Mk. nicht übersteigt), 4. eine Zulage empfangen (Kriegsrentner).

Befreit sind ferner Personen, die am Stichtag vom Wahlrecht ausgeschlossen sind (Entmündigte, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte) oder rechtlich an der Ausübung ihres Wahlrechtes behindert sind (Geisteskranken in Anstalten, Straf- und Unterhaltungsanstalten oder bei denen am Stichtag die Ausübung des Wahlrechtes ruht (Angehörige der Reichswehr).

Siegen die Voraussetzungen für die Befreiung nur an einem der Stichtage vor, so gilt die Befreiung nur für den an diesem Stichtage tag anrichtenden Zeitbetrag der Bürgersteuer. Die Befreiung erstreckt sich auf beide Ehegatten, sofern diese nicht bauseit voneinander getrennt leben. Die Befreiung von der Bürgersteuer tritt nur ein, wenn der Befreiungsgrund der Gemeinde mitgeteilt wird.

Die Höhe der Bürgersteuer.

1930. Für das Rechnungsjahr 1930 gelten die Sätze der Verordnung vom 26. Juli 1930 und zwar muß der Landesbefehl für Personen mit einem Jahreseinkommen

bis 8 000 Mark	6 Mark
von 8 000 bis 25 000 Mark	12 "
von 25 000 bis 50 000 "	20 "
von 50 000 bis 100 000 "	100 "
von 100 000 bis 200 000 "	200 "
von 200 000 bis 500 000 "	500 "
von über 500 000 Mark	1 000 "

betragen. Der Landesbefehl ermäßigt sich 1. für einkommensschwächere Personen auf die Hälfte des niedrigsten Landesbetrags und 2. für die Ehefrau auf die Hälfte des Landesbetrags, der für den Ehemann gilt. Den Landesbefehl bestimmen die Landes-Regierungen hat die Höhe der Abänderung, also die obigen, als Landesbefehl bestimmt.

1931. Für das Rechnungsjahr 1931 ist unter dem Druck der Sozialdemokratie eine differenzierende Staffelung eingetreten, die leider die niedrigsten Einkommen nicht entlastet und die höchsten Einkommen zu wenig belastet. Jedoch werden die mittleren Einkommen stärker herangezogen, was für die Gemeinden (vor allem der kleineren) von Bedeutung ist.

Die Staffelung für 1931 ist wie folgt:

Jahreseinkommen	6 Mark
bis 4 500 Mark	6
von 4 500 bis 6 000 Mark	9
von 6 000 bis 8 000 "	12
von 8 000 bis 12 000 "	18
von 12 000 bis 16 000 "	24
von 16 000 bis 20 000 "	30
von 20 000 bis 25 000 "	35
von 25 000 bis 50 000 "	75
von 50 000 bis 100 000 "	150
von 100 000 bis 250 000 "	300
von 250 000 bis 500 000 "	1 000
über 500 000 Mark	2 000

Erhebung der Bürgersteuer.

Die Erhebung der Bürgersteuer erfolgt, wenn sie rechtzeitig vor dem 30. November des Erhebungsjahres beschlossen ist:

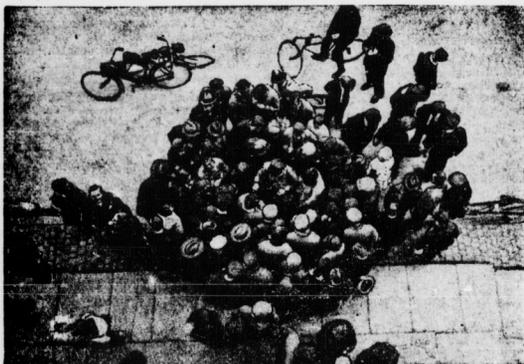
1. für die zur Einkommensteuer Bemesselten durch das Finanzamt;
2. für die Lohnsteuerpflichtigen durch den Arbeitgeber;
3. für alle sonstigen durch die Gemeinde.

Für das Rechnungsjahr 1930 hat der Reichsfinanzminister als Ausnahme angeordnet, daß der Termin vom 30. November überschritten wird.

Wichtiglich: Die Abhebung der Steuergebühren.

Ueber die Abhebung der Bürgersteuer seit dem Reichsfinanzministerium mit: Nach den maßgebenden Bestimmungen hat der Arbeitgeber die Bürgersteuer der Lohnempfänger in zwei gleichen Raten bei der ersten, auf den 10. Januar 1931 und 10. März 1931, folgenden Lohnzahlung einzubehalten. Zur Gleichrichtung für die Arbeiternehmer hat der Reichsminister der Finanzen die Arbeiternehmer ermächtigt, in den Fällen der Lohnzahlung für Zeiträume von nicht mehr als einer Woche den Abzug jeder der beiden Bürgersteueranteile auf die Lohnzahlungen in der Zeit vom 11. bis 24. Januar 1931 bzw. 11. bis 24. März 1931 zu pertieren. In den Fällen, in denen die Lohnzahlung wöchentlich am Freitag erfolgt, konnte von der Ermächtigung Gebrauch gemacht werden, die eine Hälfte der Bürgersteuer bei der Lohnzahlung am Freitag, dem 16. Januar und die andere Hälfte am Freitag, dem 23. Januar einzubehalten werden. Die einbehaltenen Beträge sind binnen einer Woche nach der letzten Lohnzahlung (in dem Beispiel bis zum 30. Januar) an die Gemeindekasse abzuführen.

Das Parlament der Straße



So genannte „Straßenparlamente“ kann man heute vielfach in den Städten beobachten. Ein Haupterwerbssort steht an irgendeiner windstillen Ecke zusammen und debattiert. Sie sind sehr unterschiedlich in Charakter, je nach dem Temperament und der politischen Einstellung der „Parlamentarier“. Einmal ist ihnen aber allen eigen: ein bewegliches Interesse an den politischen

Zagefragen. Manchmal erfahren die Debatten eine solche Begeisterung, daß die Polizei einschreiten muß und das „Parlament“ zur Auflösung bringen muß. Das vorstehende Bild zeigt die gelungene photographische Aufnahme eines Erwerbssorten aus dem Fenster einer im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung dar.

Der Bergwuttsch in Algier

Schwierige Bergungsarbeiten - 30 Tote? - Zweiter Aufruf während der Arbeiten

Das schwere Einfuhrungsgebiet in Algier, bei dem eine Hochwassergefahr besteht, wurde, obwohl es sich um einen Katastrophenfall von größter Tragweite handelt, bis zur Stunde noch nicht genau festgestellt, wieviel Opfer unter den Trümmern begraben liegen.

Es scheint doch schon festzustellen, daß ihre Zahl mehr als 30 beträgt. Die Aufklärungsarbeiten, die in der Nacht zum Sonntag unterbrochen werden mußten, sind am

Früher Körper, vor allem das Gesicht, waren bis zur Unkenntlichkeit verformt. In der Nacht zum Sonntag wurden die Bergungsarbeiten wiederum eingestellt, da man neue Erdbeben befürchtete und die Mannschaften nicht unnötig einer Gefahr aussetzen wollte.

Die Katastrophe wird teils durch die andauernden Regenfälle, teils aber auch durch die Unvorsichtigkeit der Eingeborenen verursacht worden sein, die tiefe Höhlen in den Berg gegraben hatten, um das



Strasse im Eingeborenenviertel von Algier.

Sonntagmorgen unter Mithilfe von Truppen wieder aufgenommen worden. Während der Bergungsarbeiten erregte sich ein zweites Erdbeben, das die Arbeiter verängstigte. Glücklicherweise blieben die Arbeiter über dem Erdbeben ein artiges Gedächtnis an, so daß die Hilfsmaßnahmen noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. Als einer der ersten wurde der Brautjungfer aus den Trümmern befreit, der nur wenige Wundschürfwunden davongetragen hat. Schon wenige Stunden später wurde eine kaum 17jährige Marain als Beizge geborgen, die als die Braut erkannt wurde.

Raummaterial für ihre Häuser zu beschaffen. Die Zahl der ums Leben gekommenen ist vorläufig noch nicht genau ermittelt, da bisher nur Angaben der Eingeborenen vorliegen, die erst nachgeprüft werden müssen. Bisher wurden sieben Tote und zwei schwerverletzte aufgefunden. Der Garten der Villa Benjini ist bereits zum Teil in einem gähnenden Abgrund verschwinden.

Es besteht nur wenig Hoffnung, unter den Verschütteten noch Lebende zu finden, da ungeheure Erdmassen, darunter Felsblöcke von 15 bis 30 Tonnen Gewicht, beiseite werden müssen.

Raubüberfall auf Kölner D.D.-Bank.

Am Montagmorgen wurde auf die Depotkassette der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft in Köln ein Überfall im Rahmen eines Raubüberfalls verübt, bei dem den Tätern etwa 15.000 M. Bargeld in Papier und Silber in die Hände fiel. Zwei junge Leute trugen mit verpacktem Raubgut und dem Raub „Hand hoch oder wir schießen!“ in die Bank, in der nur zwei Beamte und ein Kunde anwesend waren. Als der eine der beiden Bankbeamten zur Alarmanlage lief, gaben die Räuber Schüsse ab, ohne jedoch zu treffen, so daß es möglich war, die Alarmanlage zu ziehen. Als nach zehn Minuten das Überfallkommando eintraf, hatte einer der Verbrecher bereits den offensichtlich Weidenschaft ausgelebt, während die beiden anderen Räuber mit ihren Revolvern die Anwesenden bedrohten. Die Täter stürzten in einer hektischen Bewegung den Raum der Nummer 688 fort. Die Kölner Kriminalpolizei nahm am Montag

abend einen bekannten Autodieb fest, der im Verdacht stand, am Überfall auf die Filiale der Deutschen Bank in Köln-Bismarck beteiligt gewesen zu sein. Der Diebstahl stellte jedoch eine Beteiligung von Überfall im Überfall, erklärte aber, daß er für die Bankräuber am Sonntagabend in der Höhe des Diebstahls einen DKW-Wagen gestohlen habe, mit dessen Hilfe am Montag der Raub ausgeführt worden sei. Im Versteck des Autodiebes wurden etwas über 700 M. gefunden, die aus dem Raub stammen.

Von Eingeborenen verschleppt? Das auf der Sabametta-Linie verkehrende französische Postschiff „L'Espérance“ ist auf der Strecke zwischen Dakar und Kap Jubi (Nordafrika) im Aufstausgebiet zur Notlandung gezwungen worden. Die Insassen, unter denen sich der spanische Konsul von Juba befindet, wurden hauptsächlich von den Eingeborenen gefangen genommen. Trotz intensiver Nachforschungen gelang es bisher nicht, eine Spur des vermissten Apparates und seiner Insassen aufzufinden.

Massenvergiftung in einer Blätterei

40 Arbeiterinnen beechen an ihren Arbeitsplätzen zusammen Sieben Schwerverletzte - Ursache rätselhaft

In einer Regenblätterei in Berlin N. erkrankten am Montagmorgen 29 Personen an Vergiftungserscheinungen, deren Ursache vorläufig noch nicht festgestellt ist; man weiß nicht, ob es sich um eine unübliche Gabeleistung oder um die Bildung von Kogulen handelt. Sieben der Kranken wurden ins Krankenhaus eingeliefert, während die anderen durch Euerfestoffbehandlung wieder gebunden.

In Ergänzung der Meldung vom vorgelagerten berichtet: Während der Arbeit brachen plötzlich in einem Blätterraum, in dem 40 Arbeiterinnen beschäftigt waren, gelbliche Blätterchen unter Vergiftungserscheinungen an ihren Arbeitsplätzen ohnmächtig zusammen.

Der Geruch und den Sommeren gelang es, 27 der erkrankten Frauen, nachdem man sie ins Freie geschafft hatte, wieder nach kurzer Zeit ins Bewusstsein zurückzuführen.

Bei weiteren sieben waren die Vergiftungserscheinungen jedoch so schwerer Natur, daß die Feuerwehr über eine Stunde lang Euerfestoff verstreuen mußte, um die Gefahr zu beseitigen. Die Betroffenen wurden in ein Krankenhaus gebracht.

nach dem Krankenhaus gebracht. Die Feuerwehr untersuchte sofort alle Gasleitungen, konnte jedoch nirgendwo einen schmerzhaften Defekt feststellen. In dem Blätterraum führten lange Gasleitungen aus Elektroventilatoren zu den einzelnen Blätterstellen, und die Blätterchen selbst sind durch Gummischläuche an die Ventilation angegeschlossen. Insgesamt sind etwa 100 Schlauchleitungen in dem Raum vorhanden.

Die Feuerwehr konnte bei ihrem Eintreffen den sonst typischen Zeugschmutzgeruch nicht feststellen.

Die Blätterei ist jedoch sehr modern ausgestattet und besitzt mehrere große Exhaustoren, die unangefestete Luft aus dem Raum herauspumpen, während durch Öffnungen in der Mauer frische Luft in den Saal strömt. Die Exhaustoren scheinen in Ordnung zu sein, doch muß hier die nähere Untersuchung abgewartet werden. Bei einem Vergehen dieser Art wäre es möglich, daß veratmete Gase sich in dem Saal angesammelt haben und daß diese die Vergiftungserscheinungen hervorgerufen haben. Bis zur Klärung des vorläufig noch rätselhaften Geschehens bleibt der Betrieb auf Veranlassung des Gesundheitsamtes gestoppt.

Das Dorf der Blinden

Ein deutscher Arzt in Mexiko löst ein wissenschaftliches Rätsel

In einer eben, sommerverbrannten Gegend Mittelmexikos, die so gut wie keine Vegetation zeigt, liegt ein kleines Dorf, das seit Jahr und Tag die Aufmerksamkeit der Menge und Gelehrten in Anspruch nimmt. Es handelt sich um das Dorf Ziltepco in der Provinz Oaxaca, das ganze 44 Dörfer zählt. Da keine Blätterchen beobachtet, ist es so gut wie ganz von der Welt abgeschnitten. Zwei familiäre Einwohner sind blind.

Sie wurden entweder blind geboren, oder haben im ersten Lebensjahr verloren.

Der spanische Arzt Ramon Pardo war der erste, der sich mit dem Dorf beschäftigte. Seitdem wurden verschiedene Expeditionen nach dem weitausläufigen Dorf geschickt. Es wurden auch die verschiedenen Hypothesen aufgestellt, die aber fast und sonderbar ausgefallen waren, weil sie sich an Trugschlüsse anlehnten. Erst kürzlich wurde eine Expedition von dem in Mexiko tätig wohnenden deutschen Arzt Dr. Max Weimann ausgerüstet. Dr. Weimann konnte feststellen, daß in dem Dorf

Ziltepco liegt, noch andere Dörfer vorhanden sind, die einen großen Prozentsatz von Blinden aufweisen. Die Weiterführung der Untersuchungen führte dann zur Entdeckung:

daß in den Dörfern Ziltepco und Jucua die gleiche Art von Blindheit vorkommt, wie in Guatemala als Verbreiterer von Angentrankeinfällen angesehen werden.

Auf dem Kopf der Personen, die von einer solchen Wunde getroffen werden, bilden sich große Beulen, die im Umfang eines Daumens erreichen, und in deren Innern ein fadenförmiger Wurm gefunden wird, der augenscheinlich durch das Aufsteigen einer giftigen Flüssigkeit mittels der Verbindung der geschlossenen Personen verbreitet. Diese Annahme wird durch die Tatsache bestätigt, daß, wenn durch einen operativen Eingriff die Beule entfernt wird, ist schon nach mehreren Stunden das verlorene Sehvermögen wiederhergestellt. Bisher ist es aber noch nicht gelungen, den Wurm aufzufinden, auf dem die Übertragung des zur Verbindung führenden Reims geschieht.

Start der Weltraumrakete?

Unter Leitung des amerikanischen Physikers Dr. Byron Hill am 10. Januar von Monte Aletto in Kalifornien stattfand. Man rechnet damit, daß die mit einem Gyroskop, mit Thermometern und Luftdruckmessapparaturen ausgerüstete Rakete eine Höhe von etwa 70 Kilometer erreichen wird. Finanzier der Unternehmung sind die beiden Brüder, die eine Verbindung mit einem jungen Wiener Gelehrten namens Dr. Adler miteinbrachte, ist Dr. von selbst, ein schweizerischer Amerikaner, der von seiner Arbeit behauptet, daß sie in erfolgreichere Weise eine Synthese der Erfindungen Balloons und Strich von Opus bildet.

Sein Personen bei einem Hotelbrand in London gestorben. In Cochrane in Ontario brach in

einem Hotel ein Brand aus. Bei dem zehn Personen ums Leben kamen. Man fürchtet jedoch, daß noch weitere Opfer jäh unter den Schutttrümmern befinden.

Geplagt in Brand. Im bairischen Bundesanfangs auf der Festung, Alteshaus brach ein Großfeuer aus. Als die mehr als hundert Gefangenen, meist Wöbner und Schwerverbrecher, aus ihren Zellen geführt wurden, unternahm sie unter Beobachtung des Wachpostens einen Ausbruchversuch, der aber durch heftigste Feuertätigkeit und Pfeilschüsse vereitelt wurde.

In den Bergen vermisst. Zwei Beamte der Polizei Sparsalle vermisst am 1. Weihnachtstages die wilde Freizeitspille am hohen Goll ohne Erfolg zu erforschen. Seitdem werden sie vermisst. Man nimmt an, daß die beiden Touristen einer Grotte zum Opfer gefallen sind.

Das Drama des italienischen Sozialismus

Todeskampf der Freiheit

Von Pietro Nenni

Copyright 1930 by Verlag J. H. W. Dietz, Nachl. GmbH, Berlin. 35

Der König hätte sich stark durch einen Befehl, als man ihn über die Verurteilung von Mussolini und Fingis und von anderen Faschisten befragte, die unabweisbares Zeugnis dafür ablegten, daß Mussolini die Seele und Triebkraft der Geisteswirksamkeit war, das er zur Antwort:

„Das ist nicht meine Sache, das ist Sache der Gerichte.“

Wenn aber der Inhaber der höchsten Macht in einem Staate sich in Freiheit befindet, wie kann man da noch Richter verlangen, daß er ein Feld fei?

Die Richter, die die Verantwortung der Matteotti-Affäre führten, protokollierten die Beweismittel und die Anschuldigungen der Angeklagten, die alle im Schatten ihres höchsten Zeugnisses standen. Aber diesen Zeugnissen selbst konnten die Richter nicht antworten. Sie war schon lobenswert genug, daß sie den Mut fanden, die jährlichen Beweise gegen Mussolini zu protokollieren zu geben, so seine Schuld für den Überfall auf die Abgeordneten Amendola und Nitti, für die widerrechtliche Verhaftung Ferraris und meiner selbst, für die Milderung der Verbannung des früheren Premierministers Nitti, für die Verurteilung der katholischen Kooperativen in Mailand.

Es zeigte schon von einigem Mut, daß sie die Aussagen der Mitarbeiter des Duce zu protokollieren, aus denen die Organisation einer schändlichen Tötung hervorging, die es oblag, die Parteifrage zu befragen. Es war schon viel, daß sie den Premierminister persönlich in die Affäre Matteotti verwickelten und niederbrachten. Es mußte aber schon gelten, daß wenn Dumini auch eine leitende Rolle in der somalirischen Tätigkeit der Affäre spielte, er doch nicht aus eigener freier

Initiative Entscheidung treffen konnte, obwohl er dies seinem Gehörnsinn vom 20. Oktober 1924 behauptet hat.“

Die aus diesen Worten zu ziehenden Schlüsse mußten andere ziehen: der König, das Parlament und, wenn die Monarchie und das Parlament verlogen, das Volk.

Aber das Volk war entfallen. Sobald die erste Kammer vorüber war, riefte sich der Faschismus für eine Entscheidungsschlacht und ging schnell aus der Szene zu Distanz über.

Jetzt liegt man jenseits der Wüste. Jetzt sind Mussolini die Sprache des Bandenführers wieder und redete davon, die Opposition auszurufen. Im Laufe des Jähres hatte er schon vom König zwei Dekrete erlangt, durch die die Presse geschlossen wurde. Jetzt konnte er laden über die Opposition der früheren Ministerpräsidenten Giolitti, Orlando, Salandra und der Generale Sturzio und Jupelli, die zwar spät und schüchtern, ihre Verantwortlichkeit von der des Faschismus trennen. Er konnte sogar über den Rücktritt der drei somalirischen Minister schreiben, die er bisher in seinem Kabinett gebildet hatte.

Die Unterstützung des Königs bot ihm Gewähr für die Treue des Volkes, während die Reorganisation der Wille es ihm erlaubte, dem ganzen Lande Trost zu bieten.

Und nun fing die Verberberung des Verlogen an, von dem er erlöst hatte, daß es ihm mit Entgegen erfüllte. Und jetzt hörte man auf den Pfaffen und in den Straßen wieder singen mit dem Refrain:

„Es lebe Dumini, frei soll er sein!“

25. November 2. Dezember.

Annahme galt es um jeden Preis den Prozeß gegen die Wöbner Matteotti zu erlösen. Da die Richter den Prozeß nicht weiter führen wollten, war nichts weiter nötig, als die Presse zu knebeln und dann einem gut ausgebildeten Gelehrten eine offizielle Auslegung des Verfahrens aufzuzwingen.

Am 28. Dezember 1924 hatte die Opposition, welche den Wortlaut des Memorandums von Mussolini verurteilt, das nur ein furchtsames Dokument war, aber vernichtende Beweise gegen das Regime und sein Oberhaupt für alle anderen Gewalttaten erbrachte, vom Marsch auf Rom an bis zur Ermordung des sozialistischen Abgeordneten.

Diesem Zustand mußte ein Ende gesetzt werden. Am 3. Januar belitzte Mussolini die Tribune des Parlamentes. Nachdem man hier das letzte Wort gesagt hatte, ergriff er die Initiative.

Man mußte jetzt die Angelegenheit selbst übernehmen. Der Premierminister konnte sich auf den König verlassen, auf seine Mehrheit, auf das Meer und vor allem auf seine Wille. Er hatte niemand mehr zu fürchten, außer der öffentlichen Meinung der Reformer. Er hatte aber keine Mehrheit. Das konnte eine parlamentarische und eine Verfassungsfrage nach sich ziehen.

Gegenüber diesem Rücktritt der drei Minister unter den abwechselnden Verhältnissen und in diesem Augenblick hätte der König Mussolini aufzufordern können, die Regierung zurückzutreten. Statt dessen autorisierte er ihn, das Kabinett nach Gutdünken umzustellen.

Mussolini Rede vom 3. Januar schloß sich auf drei Punkte.

Erstmal schloß sich der Opposition ein Abgeordneter, der sich unbeständig machte, ihn auf Grund des Artikels der Verfassung, der die Verlegung eines Ministers in Anklagezustand vorsetzt, unter Anklage zu stellen? Wenn ja, so soll es tun. Die Opposition die an den parlamentarischen Arbeiten nicht mehr teilnahm, hob der ihr gegenüber liegenden Hand nicht auf. Was nun?

(Fortsetzung folgt.)

